

Erscheinungswelle:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtes Land für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Der Reichsinnenminister zum Schulgesetz

Beginn der Reichstagsdebatte

U. Berlin, 19. Okt. Im Reichstag begann gestern die Beratung des Reichsschulgesetzentwurfs. Nachdem Sozialdemokraten und Kommunisten in einer Geschäftsordnungsdebatte vergeblich versucht hatten, den Beratungsstoff von der Tagesordnung abzusehen, konnte Reichsinnenminister v. Kundell

eine allgemeine Einleitung zu dem Regierungsentwurf geben, worin er u. a. folgendes ausführte:

Für die Einbringung des Gesetzes seien in erster Linie maßgebend gewesen die Wünsche der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Schulgesetz. Andererseits müsse anerkannt werden, daß die von verschiedenen Ländern betonte Notwendigkeit, auch den weltlichen Schulen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, berücksichtigt werden müsse. Mein Amtsvorgänger — so erklärte der Minister — hat einen privaten Entwurf aufgestellt und mir freundlicherweise als Material überlassen. Der Minister verwies dann auf den Verfassungsartikel 146 und ging auf den Inhalt der Regierungsvorlage ein. Er bezog sich auf seine im Reichsrat gegebene Darstellung der Einzelheiten des vorliegenden Gesetzesentwurfes und hob u. a. hervor, daß im Gegensatz zum Entwurf von 1910 heute alle drei Schulformen behandelt würden.

Die Verfassung lasse ein Nebeneinander aller drei Schulformen zu.

Auch die Staatsgesetzgebung habe es nicht vermocht, einen einheitlichen Typ für die deutsche Volksschule durchzusetzen. Es gelte auch, Grundzüge aufzustellen über die Handhabung der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts an den Schulen, um Richtlinien zu finden, die ein Mindestmaß von Beunruhigung der Bevölkerung in dieser Frage zu vermeiden.

Der Einwand, daß die Volksschule durch den vorliegenden Entwurf gefährdet werde, sei nicht stichhaltig. Wenn man die Reihe von Ausdehnungen aus dem Südwesten Deutschlands an seinem geistigen Auge vorüberziehen lasse, könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unterzeichner die Dinge nicht klar erkannt hätten.

Die Verfassungsbestimmung sei nicht eindeutig. Sie sei verschiedenster Auslegung fähig. Der Minister führte eine Reihe solcher Auslegungen an.

Der Minister kam zu dem Ergebnis, daß die Regierungsvorlage nicht verfassungsändernd sei.

Jede Benachteiligung der Gemeinschaftsschule werde peinlich vermieden. „Entspricht es wirklich der freiheitlichen Entwicklung unserer Tage“, — so erklärte der Minister. — „allen Ländern von Reichswegen eine bestimmte Schulform als Regelschule aufzuzwingen? Würde ein solches undemokratisches Verfahren nicht Unruhe und Kampf bis in die entlegensten Teile unseres Vaterlandes tragen? Wird nicht auf lange Sicht die Gemeinschaftsschule besser fahren, wenn sie in friedlichem Wettbewerb neben der Bekenntnisschulen wirkt. Der Minister erklärte, er möchte nicht besonders auf die Kostenfrage eingehen. Einerlei, ob nun Länder oder Gemeinden die Mittel aufbringen, trage die Kosten doch die deutsche Wirtschaft.

Wenn die Bekenntnisfreie Schule durch den vorliegenden Entwurf legalisiert werden sollte, entspreche dies dem demokratischen Prinzip und dem Text der Reichsverfassung.

Es ist ein Gebot der Toleranz, wenn auch dieser Schulart freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben wird. Das Recht des Elternwillens für die Bestimmung der Schulart sei keine Erfindung der Neuzeit. Es sei in der Reichsverfassung festgelegt und es entspreche der Verfassung, wenn dieses Recht auch im Schulgesetz Anwendung finde. Der Minister verlas einige Stellen aus Äußerungen des früheren Staatssekretärs Schulz vom Jahre 1919, in denen dieser sich für die Wahrung dieser Rechte der Eltern ausdrücklich ausspricht. Der Minister betonte, daß das alleinige Aufsichtsrecht des Staates im Entwurf selbstverständlich festgelegt sei. Unbeschadet dessen aber sei den Religionsgesellschaften eine gewisse Mitwirkung ermöglicht. Es wäre widerspruchsvoll, wenn der Staat den Inhalt des Bekenntnismäßigen Religionsunterrichts von sich aus bestimmen würde. Es entspreche der Reichsverfassung und der Gerechtigkeit, wenn man dies den Religionsgesellschaften überlasse. Im übrigen passe sich der Entwurf den bisherigen unterschiedlichen Verhältnissen in den Ländern durchaus an.

Der Minister ging dann auf die Reichsratsverhandlungen ein und erklärte, in der Kostenfrage stehe die Reichsregierung zurzeit auf dem Standpunkt, daß Erklärungen erst dann möglich seien, wenn die Gestaltung des Entwurfs die entstehenden Kosten genauer übersehen lasse.

Die Reichsregierung sei nicht gewillt, die Zahl der Länder, in denen Simultanschulen bestehen, zu erweitern und den Ländern dauernd die Entscheidung über die Einführung der Simultanschule zu überlassen.

Auf die Frage des Abg. Dr. Haas erwiderte er, daß der vorliegende Entwurf einmütig von der Reichsregierung eingebracht worden ist und daß die Entscheidung der volksparteilichen Minister über das Gesetz seinerzeit in der Presse bekanntgegeben worden ist.

Der Minister legte dann die Stellungnahme der Regierung zum Schulgesetzentwurf nach seiner Ablehnung im Reichsrat dar und betonte, daß mit der Vorlegung des Entwurfes in seiner ursprünglichen Fassung nach Auffassung der Reichsregierung den Erfordernissen der Verfassung vollauf Genüge getan sei. Die Frage der Berücksichtigung des Elternwillens und die Frage der Erteilung des Religionsunterrichts spielten eine besondere Rolle. Der Entwurf sei besonders geeignet, der Erneuerung des inneren Lebens unseres Volkes zu dienen. Es sei auch zu erinnern an die Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Schulgesetz sich nur auf christlicher Grundlage aufbauen könne. In der Öffentlichkeit sei man allerdings nicht sehr tief in den Entwurf eingedrungen. Mit besonderem Ernst gehe die Reichsregierung an die Einführung des damals vom Reichskanzler gegebenen Versprechens heran, es gelte ein Geschlecht heranzubilden, das feststehe auch in Sturmbeugten Zeiten. Zur materiellen Not komme heute bei unserer Jugend auch die innere Not, die Enttäuschung und Verzweiflung über die falschen Ziele, die ihr gewiesen wurden. Wenn sich Zügellosigkeit und Schamlosigkeit heute auf allen Wegen breit machen, wenn das Gefühl für Recht und Unrecht zweifellos weithin verloren gegangen sei, so bestrebe sich für den jugendlichen Menschen die erhöhte Gefahr, den Versuchungen der Zeit zum Opfer zu fallen. Der Jugend das richtige Rüstzeug mitzugeben, sei Aufgabe von Schule und Elternhaus. Wahre Freiheit entstehe nur da, wo der Mensch gebunden sei an Gott. Es handle sich nicht um religiöse Beeinflussung, wenn in Uebereinstimmung mit dem Willen der Elternschaft die christliche Schule gesichert werden solle. Nur die christliche Erziehung führe zur wahren Volksgemeinschaft. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß die Verabschiedung des Gesetzesentwurfes zugleich empfunden werden möge als äußeres Zeichen innerer Erstarkung unseres Vaterlandes.

Der Debatte, die sich nun an die Ministerrede angeschlossen, brachte das Haus kein besonderes Interesse entgegen. Der Sozialdemokrat Schreck münzte die Erklärung des Herrn von Kundell polemisch gegen die Regierung und Koalition aus, aber die Klänge, die er führte, war nicht allzuhart. In dem Die. M. u. m. von den Deutschnationalen und dem Zentrumsmann Rheinländer, dem Vorsitzenden der kath. Lehrervereinigungen, fand der Kundell'sche Entwurf warme Befürworter. Beide wünschten die schnelle Ueberweisung an den Ausschuß. Der Schlüssel zur Situation liegt nach wie vor bei der Volkspartei. Ihr Abgeordneter Kunkel wird heute die Forderungen näher präzisieren, von deren Bewilligung die Volkspartei ihre Zustimmung zu einem Kompromiß abhängig macht.

Man glaubt, daß sich die Aussprache über den Schulentwurf bis zum Donnerstag hinziehen und mit der Ueberweisung an den Bildungsausschuß enden wird.

Die Fraktionsitzungen der Parteien.

U. Berlin, 19. Okt. Von den verschiedenen Reichstagsfraktionen, die gestern Fraktionsitzungen abhielten, beschäftigten sich die Demokraten mit dem Reichsschulgesetzentwurf und erklärten sich für Ablehnung der Vorlage, da sie eine schwere Gefahr für die Freiheit des deutschen Geisteslebens darstelle. — Die Deutsche Volkspartei beschäftigte sich gleichfalls mit dem Reichsschulgesetz, wobei sich ergab, daß die Fraktion an ihrem Standpunkt in der Frage der Simultanschule und des uneingeschränkten Hoheitsrechtes des Staates über die Schule festhält. — Die Deutschnationalen berieten gleichfalls über das Schulgesetz und über die außenpolitische Lage.

Tages-Spiegel

Reichsinnenminister v. Kundell brachte im Reichstag seinen Entwurf eines Reichsschulgesetzes ein.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit laufenden Angelegenheiten und wirtschaftlichen Fragen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist auf Freitag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Vorgesprächung der Genfer Verhandlungen.

Im Reichstagsgebäude wurden gestern die Büsten Eberls und Hindenburgs vom Reichstag feierlich übernommen.

Der Schlichter hat eine Einladung zu Verhandlungen über die Beilegung des Braunkohlenarbeiterstreiks auf Donnerstag ergehen lassen, die von den Parteien angenommen wurde.

Auch im braunschweigischen Kohlenrevier sind nunmehr die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Der Chef der Heeresleitung General Heye ist auf seiner Amerika-reise vom Präsidenten Coolidge empfangen worden.

Das Heinkelflugzeug D 1220 ist in Lissabon eingetroffen. Von hier wird es nach den Azoren fliegen.

Vor Schlichtungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik

Donnerstag Schlichtung im Braunkohlenrevier.

U. Berlin, 19. Okt. Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im Lohnstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag, den 20. Oktober, nach Berlin geladen.

Der deutsche Braunkohlenindustriellen-Verein und die Streikleitungen erklären, daß sie der Einladung des Schlichters zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag vormittag Folge leisten werden.

Die Streikleitung gegen verstärkten Polizeischutz im Braunkohlenrevier.

U. Halle, 19. Okt. Da aus verschiedenen Revieren Einfaß von Schupo und Technischer Nothilfe gemeldet ist, erklärt die Zentralstreikleitung, aus beratigen Gebieten sämtliche Notstandsarbeiter zurückziehen zu wollen. Die Angestelltenorganisationen im Bergbau haben zugesichert, keine Arbeit, die sonst von Arbeitern verrichtet wurde, auszuführen. Die Streikleitung betont nochmals, daß der Streik ein rein wirtschaftlicher Kampf sei und Zusammenziehung von Schupo und andere Maßnahmen vollkommen überflüssig wären.

Die Zentralstreikleitung erklärt weiter, daß der Bochumer Bergarbeiterverein zur Unterstützung der streikenden Braunkohlenbergarbeiter in Mitteldeutschland eine Million Mark angewiesen habe.

Ausstand auch im braunschweigischen Kohlenrevier.

U. Braunschweig, 19. Okt. In den Bergarbeiterverfammlungen in Helmstedt, Sommersdorf, Garbe und Barneberg ist jetzt ebenfalls im Anschluß an den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik der Ausstand beschlossen worden.

Einstimmig wurde die vom Schlichter des Reichsarbeitsministerium vorgeschlagene Lohnerhöhung von vier bis sechs Prozent abgelehnt. Damit ist der Ausstand auch in Braunschweig zur Tatsache geworden. Der Betrieb der Braunschweigischen Kohlenbergwerke ruht vollkommen, obgleich die meisten Arbeiter gar keine Kündigung eingereicht haben. Der Streik hat bereits auf die Metall- und Garbwerke in Oker im Harz übergegriffen, wo die Arbeiter wegen Lohnforderungen, die nicht bewilligt werden konnten, die Arbeit niedergelegt haben. Auch hier ruht der Betrieb vollkommen.

Neues Erdbeben in Wien

U. Wien, 19. Okt. In Wien und Umgebung wurde gestern in früher Morgenstunde ein neues Erdbeben verspürt. Der Herd des Bebens liegt nach den bisherigen Feststellungen wieder bei Schwadorf. Dort wurde der Erdstoß so stark verspürt, daß die Leute im Schlaf aus den Betten geschleudert wurden.

Förderung des Wohnungsbaus durch das Reich

Das Reich leistet Bürgschaft.

El Berlin, 18. Okt. Amtlich wird gemeldet: Durch Reichsgesetz vom 10. Juni 1914 bzw. 24. August 1918 betr. Bürgschaft des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete sowie für Kriegsbeschädigte und Witwen der im Kriege Gefallenen ist die Möglichkeit gegeben, unter gewissen Voraussetzungen die Reichsbürgschaft für Tilgungshypotheken-Darlehen zu Gunsten vorgenannter Personenzreise zu übernehmen.

Der Vollzug der nach dem genannten Gesetz zur Uebernahme von Reichsbürgschaften durchzuführenden Maßnahmen ist für Reichsbeamte und Bedienstete der Hoheitsverwaltungen mit Ausnahme der Wehrmacht den Präsidenten der Landesfinanzämter für die Angehörigen der Wehrmacht den Wehrkreisverwaltungsämtern und Marineintendanturen übertragen. Für Kriegsbeschädigte und Witwen der im Kriege Gefallenen wird das Verfahren besonders geregelt.

Vor der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

El Danzig, 18. Okt. Am Samstag traf der deutsche Gesandte in Warschau, Nauhscher, in Danzig ein. Da gleichzeitig auch Staatssekretär a. D. Lewald, der Leiter der deutschen Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen in Danzig weilte, so ist der Aufenthalt der beiden Herren zu einer Aussprache über die aktuellen Fragen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen benutzt worden.

Staatssekretär Lewald betonte Pressevertretern gegenüber, daß über eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Augenblick noch nichts Genaues gesagt werden könne. Da aber anscheinend auf polnischer Seite die Geneigtheit bestehe, den Zollkrieg zu beenden, werde die Reichsregierung in kürzester Zeit die Grundlagen für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen prüfen.

Polnische Kasernenbauten in Dirschau.

El Berlin, 18. Okt. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, sollen demnächst mit möglichster Beschleunigung große polnische Kasernenbauten in Dirschau zur Ausführung kommen. Die finanziellen Mittel für den Bau sollen der neuen polnisch-amerikanischen Anleihe entnommen werden. Da es sich bei diesen militärischen Neubauten in dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Dirschau für Polen um eine erneute militärische Befestigung des polnischen Korridors handelt, ergibt sich daraus die allgemeine Tatsache, daß die neue amerikanische Dollarleihe zur Verstärkung der polnischen militärischen Rüstungen herhalten muß.

Poincarés Steuerpolitik

El Paris, 18. Oktober. In der heutigen Sitzung der Finanzkommission wird sich Ministerpräsident Poincaré zu den letzten Beschlüssen der Kommission äußern, die eine Einnahmeverminderung des Budgets zur Folge haben. Die finanzielle Auswirkung dieser Beschlüsse wird auf etwa dreihundert Millionen geschätzt, sodaß das Budget ein Defizit in dieser Höhe aufweisen würde. Poincaré wird die Kommission ermahnen, ihre Beschlüsse umzustößen und das budgetäre Gleichgewicht wiederherzustellen. Außerdem wird der Ministerpräsident die Wiedereinsetzung des Kredits für die Einberufung der Reservisten im Jahre 1928 verlangen, deren Beratung die Kommission vorerst zurückgestellt hatte. Wie in den Wandelgängen der Kammer verlautet, soll Poincaré verlangen, daß alle Steuerentlastungsmaßnahmen bis nach der völligen finanziellen Gesundung und Währungsreform vertagt werden müßten. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß Poincaré die Kommissionsmitglieder zur völligen Aufgabe ihres Standpunktes wird bewegen können.

Die innere Lage Italiens

El Rom, 18. Okt. Im gestrigen Ministerrat gab Mussolini einen Ueberblick über die innere Lage Italiens und stellte fest, daß weder nach der allgemeinen Erregung des Falls Sacco-Banzetti noch infolge der durch die Stabilisierung der Lira in der Industrie und Landwirtschaft einzelner Provinzen eingetretenen schwierigen Lage es zu irgendwelchen Aufstößen gekommen sei. Die von ausländischen Blättern verbreitete Nachricht vom Gegenteile sei frei erfunden. Die Nation zeige, daß sie reif geworden sei. Auch die Arbeitslosigkeit halte sich in den normalen Grenzen. Um den Rhythmus der Arbeit nicht zu stören, würden die beiden Nationalfeiertage, die fünfjährige Erinnerungsfeier an den Marsch auf Rom und die Siegesfeier auf die darauf folgenden Sonntage, den 30. Oktober und den 6. November verlegt werden.

Die Grenzzwischenfälle in Mazedonien

Der bulgarische Ministerpräsident und der Außenminister über die Haltung der bulgarischen Regierung.

El Belgrad, 19. Okt. Wie aus Sofia gemeldet wird, gab der Ministerpräsident Ciaptcheff im Mehrheitsklub folgende Erklärung ab: Die Ereignisse, welche sich im benachbarten Staat zugetragen haben, verdienen das aufrichtigste Bedauern. Wir haben alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um das Ansehen des bulgarischen Volkes im Ausland als friedliebendes zu erhalten. Wir haben alle politischen Komplikationen sofort beseitigt und auch dafür gesorgt, daß weitere Verwicklungen nicht mehr zu befürchten sind. Nach dieser Rede ergriff der Außenminister Buroff

das Wort und erriarte, daß die Maßnahmen, welche die bulgarische Regierung unternommen hätte, im Ausland überall mit sichtlichem Befriedigung aufgenommen worden wären. Die Situation habe sich infolgedessen bedeutend gebessert. Hoffentlich wäre die bulgarische Regierung in Zukunft zu keinen neuen Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorfälle gezwungen.

Ein neuer Komitatschwischenfall.

El Belgrad, 19. Okt. Wie aus Kraljevic gemeldet wird, kam es in der Nähe des dortigen Pulverdepots zu einem lebhaften Feuergefecht zwischen der jugoslawischen Grenztruppe und bulgarischen Komitatschwischen. Die Grenztruppe konnte die Angreifer zurücktreiben. Sie zogen sich zur bulgarischen Grenze zurück. Ein jugoslawischer Soldat wurde tödlich verwundet.

Der italienische Gesandte in Belgrad beim jugoslawischen Außenminister.

El Belgrad, 19. Okt. Der Außenminister Dr. Marinkowitsch empfing den italienischen Gesandten, General Brodrere, der dem Außenminister erklärte, der Ton der Belgrader Presse gegenüber Italien könne unerwünschte Folgen in den Beziehungen zwischen beiden Ländern hervorrufen. Dr. Marinkowitsch versprach, alles was in seiner Macht liege, zu unternehmen, um die scharfen Angriffe der Belgrader Presse gegen Italien, dem die Schuld an den Unruhen in Mazedonien zugesprochen wird, zu mäßigen.

Kleine politische Nachrichten

Wiederzusammentritt des Enquete-Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Der große Enquete-Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugung- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft nimmt nach der Sommerpause seine Beratungen wieder auf. Die 68. Sitzung des Untersuchungsausschusses für Landwirtschaft ist auf den 28. und 29. Oktober einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Vernehmung von Sachverständigen über die Landarbeiterverhältnisse.

Die Gültigkeit des Volksentscheides über die Fürsteneignung. Nach mehrstündiger Beratung faßte das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag in der Frage der Gültigkeit des Volksentscheides „Enteignung der Fürstenerbfolge“ folgenden Beschluß: Die Abstimmung bei dem Volksentscheid vom 20. Juni 1926 ist gültig. An der Abstimmung hat sich nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten beteiligt.

Eröffnung der Genfer Konferenz für Ein- und Ausfuhr. Die diplomatische Konferenz zur Abschaffung der Verbote und Beschränkungen für Ein- und Ausfuhr wurde am Montag in Genf von dem ehemaligen holländischen Ministerpräsidenten Colijn eröffnet. Der deutschen Delegation gehören neben Staatssekretär Trendelenburg die Ministerialräte Kahler und Bohr als Hauptdelegierte an. Im Ganzen sind 100 Delegierte anwesend.

Wieder ein schweizerisch-italienischer Grenzzwischenfall. Aus dem Tessin wird ein neuer Grenzzwischenfall gemeldet. Ein auf schweizerischem Gebiet arbeitender Bauer wurde von faschistischer Miliz verhaftet und einen Tag in Haft gehalten. Erst auf die Intervention eines italienischen Beamten wurde er freigelassen. Die Tessiner Regierung hat den neuen Zwischenfall dem Bundesrat gemeldet.

Sparmaßnahmen der englischen Regierung. Ministerpräsident Baldwin hatte eine lange Besprechung mit dem Präsidenten der Bank von England, Montague Norman. Wie zuverlässig verlautet, haben sich beide über wichtige Finanzfragen unterhalten, die das Kabinett in den nächsten Wochen beschäftigen. Die Pläne des sogenannten Sparkomitees des Kabinetts, über das der Premierminister persönlich den Vorsitz führt, sind bekanntlich ziemlich weitgehend und sehen die Einsparung von nahezu einer Milliarde Mark im kommenden Budget vor.

Moskauer Kampf gegen die Opposition. Aus Leningrad wird gemeldet, daß Vertreter der Opposition den Versuch unternahmen, in der Sitzung des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion das Wort zu ergreifen. Diese Aussprache wurde ihnen jedoch verweigert. Trozki und Sinowjew beabsichtigen, als Protest gegen diese Maßnahme aus dem Zentralvollzugsausschuss der Sowjetunion auszuschleichen. Die Kontrollkommission von Leningrad hat bisher über 180 Mitglieder aus der Partei wegen oppositioneller Tendenz ausgeschlossen.

Aus den Parteien

Landespartei der Deutschnationalen Volkspartei.

Stuttgart, 19. Okt. Der diesjährige Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) begann am Samstagmittag mit einer Tagung des Landesauschusses unter Anwesenheit des Führers der Partei im Reich, des Grafen Westarp. Anschließend hielt Fabrikant Dr. Wiber, der Vorsitzende des Kreisvereins Stuttgart einen Vortrag über wichtige Wirtschaftsfragen vor dem Landesauschuss für Industrie und Handel.

Abends fand im Gustav-Siegels-Haus eine öffentliche Versammlung statt, zu der auch Staatspräsident Dr. Bazzille und Finanzminister Dr. Dehlinger erschienen waren.

Graf Westarp sprach hierbei über politische und wirtschaftliche Fragen. Zunächst betonte er, es dürfe nicht gerührt werden, bis sich das deutsche Volk einheitlich hinter die Worte seines Reichspräsidenten stellt und die unparteiische Untersuchung der Kriegsschuldfrage erzwingt. In Genf hätte eine viel deutlichere Sprache gesprochen werden müssen. In der Frage der Schiedsgerichtsverträge war Deutschland in Genf führend; wenn es auch sachlich nicht bedenklich sei, die nur rechtliche Fragen behandelnden

Schiedsgerichte anzuerkennen, sei es doch fraglich, ob es taktisch klug war, diesen Trumpf im voraus bedingungslos aus der Hand zu geben. Bedenklicher waren die Verhandlungen über die Sicherheitsfragen. Zwar sei die Hauptgefahr, ein Dstloearno, noch einmal vermieden worden, aber die Tür für weitere Verhandlungen über dieses Problem ließ man leider offen stehen. Nie aber werde die Deutschnationale Partei einem Dstloearno zustimmen können. Mit Polen Verträge zu schließen, sei solange unmöglich, als Polen entgegen allen bestehenden Verträgen einen Vernichtungszug gegen das Deutschtum führe. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik sei der Schutz der Landwirtschaft besonders wichtig und in diesem Zusammenhang müsse dem Siedlungsproblem größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. In der Aufwertungsfrage lasse sich auf dem Gebiete der Hypothekenaufwertung nichts mehr ändern; auf dem Gebiete der Rentnerversorgung müsse dagegen mehr als bisher gesehen werden. Die Quelle aller inneren Not sei letzten Endes die Fremdherrschaft und ohne deren Beseitigung werden alle Hilfsmittel nur ungenügende Behelfe bleiben. Auf dem Wege zur Gesundung komme einem gesunden, selbständigen Mittelstand eine besondere Bedeutung zu, weshalb sich die Partei besonders den Schutz dieses Volksteiles angelegen sein lasse; hier sei der Familiensinn am stärksten entwickelt, weshalb gerade der Mittelstand einen Jungbrunnen für den Staat darstelle.

Das Ringen mit der Sozialdemokratie um die Macht werde die Wahlen 1928 kennzeichnen. Ein Erfolg werde nur möglich sein, wenn die materialistische Frierlehre als solche gekennzeichnet und von den weitesten Kreisen erkannt werde. Die Grundlage der Weltanschauung müsse das lebendige Christentum sein. Was den Reichsschulgesetzentwurf anlange, müsse an der Kundellischen Formulierung festgehalten werden. Die Stellung der Partei zur bestehenden Staatsform ist in Richtlinien bei der Regierungsbildung gekennzeichnet worden. Wenn dort der Schutz der Republik vor Beschimpfungen und Herabsetzung ausgesagt wurde, dann werde das auch gehalten werden; dagegen sei in den Richtlinien keinerlei Verzicht auf monarchische Gesinnung und auf die alten Reichsfarben ausgesprochen und der Reichskanzler habe selbst gefordert, auch den Symbolen der Vergangenheit Achtung und Ehrfurcht entgegenzubringen. Wenn die Partei Herabsetzung und Beschimpfung der bestehenden Staatsform ablehne und bekämpfe, so erwarte sie von den Linksparteien ein ebenso loyales Verhalten gegenüber den Symbolen der Vergangenheit.

Aus aller Welt

Durchgehender Express-Flugverkehr Berlin-Zürich.

Zwischen der Deutschen Lusthansa und der Schweizerischen Ab Astra-Gesellschaft in Zürich ist jetzt ein für den internationalen Flugverkehr wichtiges Abkommen getroffen worden, das voraussichtlich mit dem 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt. Zur Beschleunigung des Luftverkehrs hat man sich entschlossen, zwischen Berlin und Zürich einen Express-Verkehr mit Flugzeugen einzurichten, die unterwegs nicht halten, sondern die ganze Strecke ohne Zwischenlandung zurücklegen. Die Dauer des Fluges wird im Durchschnitt 5 Stunden betragen. Wahrscheinlich wird auch noch eine Anschlußverbindung von Zürich nach Mailand geschaffen werden.

Schwerer Unfall an der Brennerbahn.

Beim Bau der elektrischen Leitung für die Brennerbahn hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Bei der Station Gossensak kamen vier Arbeiter beim Aufstellen eines Mastes den Drähten der Starkstromleitung zu nahe. Drei der Unglücklichen wurden sofort getötet. Der vierte trug schwere Brandwunden davon.

Starker Schneefall im Riesengebirge.

Im Riesengebirge ging am Sonntag anhaltender Schneefall nieder. In den höher gelegenen Regionen sind die Bäume dicht mit Schnee bedeckt und die hoch gelegenen Bauten tragen dicke Eiszapfen.

Großer Brand in einem Gefängnis in Ueslöv.

In dem Polizeizentralgefängnis in Ueslöv entstand ein Großfeuer, das in einer halben Stunde das ganze Gebäude einschloß. Polizei, Gendarmerie und Militär brachten die 150 Gefängnisinsassen ins Freie. Todesopfer sind nicht zu verzeichnen.

Bergung eines französischen Flugzeuges durch einen deutschen Dampfer.

Der Dampfer „Ramses“ der Hamburg-Amerika-Linie hat im Mittelmeer in der Nähe der Insel Sardinien die 3 Mann starke Besatzung eines französischen Flugzeuges aus See-not gerettet. Das Flugzeug wurde geborgen. Der Dampfer wird die Schiffsbrüchigen in Neapel landen. Es soll sich um ein französisches Militärflugzeug handeln, das aus Afrika kam.

Die französischen Ozeanflieger in Rio.

Die beiden französischen Flieger Costes und Le Bizig haben die letzte Flugstrecke Carabellas-Rio de Janeiro glücklich zurückgelegt. Die letzte Etappe des Fluges Frankreich-Südamerika vollzog sich ohne Zwischenfälle.

Die Lungenpest in der Mongolei

El Paris, 18. Oktober. Nach einer Meldung aus Charbin wird eine Zunahme der Lungenpest in der Mongolei gemeldet. Der Tod tritt gewöhnlich 20-30 Stunden nach Auftreten der ersten Krankheitssymptome ein. Mehr als tausend Fälle wurden bereits festgestellt. Die Kälte und die Weigerung der Bewohner, aus Furcht vor Ansteckung die Leichen zu begraben, machen die Epidemie noch schwerer.

Aus Stadt und Land

Calw, den 19. Oktober 1927

Dienstnachricht.

Obersekretär Benz von Reutlingen, Notariatshilfsarbeiter in Bad Teinach, ist zum Bezirksnotar in Dornstetten ernannt worden.

Die Kirchweih.

Während am Sonntag in der Stadt große Ruhe herrschte, ging es auf den Landorten desto lebhafter zu. Die Kirchweih löst immer noch wie schon in früheren Zeiten eine große Anziehungskraft aus. Die Stadtbewohner ziehen hinaus auf die Landorte, um entweder der Einladung von Bekannten Folge zu leisten oder sich überhaupt das Tun und Treiben bei der Kirchweih anzusehen. Es herrschte denn auch in vielen Orten ein großer Betrieb. Tanz und Musik spielten die Hauptrolle, aber auch andere Belustigungen fehlten nicht. Da das Wetter günstig war, sahen wir uns in zwei zwischen Schwarzwald und Gäu befindlichen Orten die Kirchweih an. Als wir den ersten, durch seine rässigen und feiler gestimmten Bewohner bekannten Ort betraten, fielen zunächst die Kinder auf, die lustig auf der Straße sich tummelten, in beiden Händen Gebäck trugen und mit vollen Backen drauf los aßen. Was da alles für die Kirchweih gebakken wurde, verriet die treuherzigen und aufgelegten Gemüter. In bereitwilliger und aufwandsfreudiger Weise haben die Mütter eine große Zahl von Kuchen gebakken und reiche Abwechslung geschaffen. Da gab es Klompentuchen, Zuckerkuchen, Speckkuchen, Zwetschkuchen, Apfelmehlkuchen, Hühnerkuchen, Zwiebelkuchen, Salzkuchen und Dicke Kuchen. Herz, was willst du noch mehr? hieß es an diesem Tage. An der Kirchweih wird nicht gekaufert. Schon 8 Tage vorher spart die Hausfrau die Milch und die Butter, denn auf Kirchweih braucht man viele Sachen. Kirchweih wird im kleinsten Hause gefeiert, überall ist Geschäftigkeit und Vorbereitung zum Kirchweihstag. Niemand läßt sich da schlecht finden und auch die Armen gehen nicht leer aus. Kirchweih ist ein Tag der Freude und des Schmausens. Da dürfen sich Alte und Junge so recht satt essen an dem frischen und herrlichen Kuchen, der eben zu der Lieblingsspeise der Kinder gehört. Ein reges Leben herrscht vor und in den Gasthäusern, wo Musik und Tanz ist. Den Lockungen der pridelnden Töne kann sich die Jugend nicht entziehen und scharenweise ziehen die jungen Paare zum Tanz und können nicht genug davon kriegen. Es ist, als ob der Tanz das höchste Vergnügen der Menschheit darstellen würde. Vor den Wirtschaftshäusern, wo Tanz stattfindet, sind Tannensäulen aufgestellt, um der Veranstaltung einen besonders feierlichen Anstrich zu geben. Die beiden Orte weisen sodann einen eigenartigen Brauch an der Kirchweih auf. Vor dem Wirtschaftshaus steht ein Tisch und darunter ein Korb mit einem weißen Gebäck, das den seltsamen Namen „Bubenschenkel“ führt. In Scharen drängt sich die Schul- und ledige Jugend zu dem Tisch. Es ist ein kleines Glücksspiel, das hier vorgenommen wird. Vier Spieler setzen je 5 J und einer davon wird der glückliche Gewinner. Er erhält einen Bubenschenkel. Alle Kinder suchen ein solches Gebäck zu bekommen, das mit großem Appetit verzehrt wird. Im Innern des Wirtschaftshauses spielt sich die Kirchweih in den gewöhnlichen Formen ab: alte und neue Weine, Kuchen aller Art, warme und kalte Speisen, Tanz und Tanzmusik, Freitouren und Gesamttänze und von den nichttanzenden Paaren ertönen alle möglichen Gesänge „aus voller Kehle und frischer Brust“. In dem anderen Dorfe, durch das wir kamen, war das gleiche Schauspiel zu sehen. Tanz und Bubenschenkel und dazu noch eine Regelbahn, auf der eifrig Kugeln zur Erlangung eines Preises geschoben wurden. Die Bahn und der Gasthof waren von vielen Tausenden umlagert. Wenn in der neugebauten Kirche, die übrigens dem Ort zur Zierde gereicht, jeden Sonntag so viele Leute sich einfanden, so wird dies eine Freude für den Pfarrer sein. Fröhliche Heiterkeit herrschte allenthalben. Ein reger Verkehr machte sich in den Straßen geltend. Abends mögen die Gasthäuser noch mehr besucht gewesen sein. Zu der allgemeinen Feier mag auch der herrliche Herbsttag beigetragen haben. Es war eine Lust, durch Wald und Fluren zu wandern und den reichen Obstsegen noch bewundern zu können.

Gegen die Zusammenlegung der süddeutschen Landesarbeitsämter.

Der Industriellenverband und die Ortsgruppe Schwennungen des Verbandes der Uhrenindustrie haben zur Frage der Zusammenlegung der drei süddeutschen Landesarbeitsämter folgende Entschlüsse gefasst, die wohl die Stimmung weitester Kreise kennzeichnen dürfte: „Der Arbeitgeberverband und die Ortsgruppe Schwennungen des Verbandes der Uhrenindustrie sprechen sich aufs entschiedenste gegen den Plan einer Zusammenlegung der beiden seither selbständigen Landesarbeitsämter in Baden und in Württemberg zu einem gemeinsamen süddeutschen Landesarbeitsamt unter Einbezug der Pfalz aus, da sie sich von der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, die durch eine derartige Verschmelzung angeblich bewirkt würde, nicht überzeugen konnten, im Gegenteil der Auffassung sind, daß der für einen derartig umfangreichen Bezirk zu schaffende Oberverwaltungsrat viel umständlicher und daher sicher auch nicht billiger arbeiten würde, wie die seitherigen getrennten Landesarbeitsämter. Verband und Ortsgruppe müssen sich aber auch dagegen wenden, daß dem Lande Württemberg und damit auch der württembergischen Wirtschaft eine einseitige Mehrbelastung auferlegt würde, wie sie sich ohne weiteres ergäbe, durch den nachgewiesenermaßen stärkeren Unterstützungsbedarf, den Baden zufolge seiner völlig anderen wirtschaftlichen Struktur von jeher gehabt hat und dessen Ausgleich niemals die Sache

eines einzelnen Landes mit etwas besserem Risiko sein kann, sondern die der Reichsausgleichskasse, die das neue Gesetz zu diesem Zweck vorgezogen hat.

Grenzüberbauungen.

Nach einem Erlaß des Innenministeriums an die Baupolizeibehörden haben diese bei der Behandlung von Baugesuchen im Sinne dieser Verordnung auf die tunlichste Vermeidung von Grenzüberbauungen hinzuwirken. Ebenso ist darauf hinzuwirken, daß auch Ueberschreitungen der Markungs-, Oberamts- oder Landesgrenzen mit Bauten tunlichst unterbleiben, da derartige Baufälle wegen der plagarisierenden Zuständigkeit verschiedener Behörden stets erhebliche Weiterungen bei der Behandlung der Baugesuche verursachen, Ueberschreitungen der Markungs- und Landesgrenzen aber schon deshalb vermieden werden sollten, weil es für den Bauenden nicht erwünscht sein kann, wenn er sich infolge der Grenzüberbauung bei einem und demselben Gebäude zum Teil nach anderen baupolizeilichen Bestimmungen richten muß als beim übrigen Teil des Gebäudes.

Die Annahme von Schecks bei Steuerzahlungen.

Auf Vorstellungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks wegen der bisherigen Unzutraglichkeit bei Zahlung fälliger Steuern durch Schecks hat der Reichsminister der Finanzen dem Reichsverband nunmehr mitgeteilt, daß die Bestimmungen über die Annahme von Schecks durch die Reichskassen in der Reichskassenordnung vom 6. August 1927 neu geregelt worden sind. Hiernach dürfen die Reichskassen einen Scheck nur annehmen, wenn er am Scheck der Kasse eingelöst werden kann und die Gelddank auf die der Scheck gezogen ist oder die ihn einlöst, sich verpflichtet hat, Schecks, für die die erforderliche Deckung vorhanden ist, sofort bei der Vorlegung bar einzulösen oder den Scheckbetrag spätestens am Vormittage des folgenden Werktages dem von der Kasse zu bezeichnenden Konto zu überweisen. Diese Beschränkungen gelten nicht für Postchecks und Reichsbankchecks. Außerdem kann in einzelnen Orten, in denen besondere örtliche Verhältnisse es erfordern, durch den zuständigen Reichsminister zugelassen werden, daß Schecks, die nicht am Scheck der Kasse eingelöst werden können, angenommen werden, sofern dadurch die Einlösung der Schecks nicht verzögert wird. In diesen Fällen wären begründete Anträge den in Betracht kommenden örtlichen Dienststellen vorzulegen.

Eine Statistik der Todesursachen.

Eine neue wichtige Aufgabe stellt dem Reichsgesundheitsamt der bekannte Vorkämpfer für Volksgesundheit, Geh. Rat Prof. Dr. Abderhalden. Er fordert in der Zeitschrift des Ärzte- und Volksbundes für Sexual- und Gesellschaftslehre entsprechend dem Vorbild der Schweiz eine wissenschaftlich zuverlässige, amtliche Statistik der Todesursachen und schreibt u. a. dazu:

„Es wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn in Deutschland eine Stelle geschaffen würde, die über ausreichende Mittel verfügte, um unabhängig die Auswirkungen der verschiedenen Volksleiden festzustellen. Von dieser Stelle aus müßte auch verfolgt werden, wie sich die ungeheure Propaganda für Schuzmittel in der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten auswirkt. Gewiß sollten alle diese Aufgaben ohne jede Ausnahme vom Reichsgesundheitsamt erfüllt werden. Es würde dann seine so verantwortungsvolle Stellung im Reich wohl und ganz erfüllen und eine Bedeutung für die Förderung der Volksgesundheit erlangen, die weit über das hinausgeht, was es bis jetzt dankenswerter Weise leistet.“

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Ausläufer der über dem finnischen Meerbusen gelegenen Depression stören die Wetterlage, jedoch für Donnerstag und Freitag kühleres und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

*

CEB Mühlingen O. A. Herrenberg, 18. Okt. In der Nacht zum Kirchweihsonntag vor 5 Uhr früh ist hier ein unterirdisches Rollen von mehreren Sekunden wahrnehmbar gewesen. Es hat sich gehört wie das Geräusch einer starken Bedenruhr. 14 Tage vorher sind ebenfalls manche Bewohner in der Nacht durch einen Erdstoß aufgeweckt und beunruhigt worden.

CEB Nagold, 18. Okt. Am Freitag ist einer der letzten Kämpen des 1870-71er Krieges im Alter von 81 Jahren aus dem Leben geschieden, Christian Reich. Im Zivilberuf Tuchmacher, machte er den Krieg 1870-71 im 2. Bürtt. Inf. Regt. mit Auszeichnung mit.

CEB Birkenfeld O. A. Neuenbürg, 18. Okt. Als heute früh der in den 60er Jahren stehende in der Bahnhofstraße wohnhafte Christian Gaiser sich zum Arbeiterzug nach Pforzheim begeben wollte, wurde er von dem etwa 20 J. a. Erich Maier, der in rasender Fahrt auf seinem Fahrrad die Bahnhofstraße herunterfuhr, angefahren und tödlich verletzt. Maier, den die volle Schuld an dem Unglück trifft, wurde in bewußtlosem Zustand ins Bezirkskrankenhaus gebracht.

CEB. Waldsee, 18. Oktober. Heute nachmittag dreiviertel 1 Uhr ereignete sich hier ein schweres Autounglück. In der Wohnung des Oberamtsgeometers Fischer war ein Kamminbrand ausgebrochen, weshalb die Weckerlinie Waldsee mit der Motorspritze alarmiert wurde. In der engen Straße bei der Kirche mußte die Motorspritze einem kleinen Fuhrwerk ausweichen und beim Nehmen der Kurve verlor der Fahrer die Herrschaft über die Steuerung und fuhr mit dem Wagen auf den Bürgersteig, woselbst sich die Realhäuser auf dem Heimweg von der Schule befanden. Zwei 15jährige Realschüler wurden von dem Auto mit ungeheurer Wucht an die Mauer gedrückt und fürchterlich zugerichtet. Der Sohn des Waldmeisters Mich verschied nach weni-

gen Minuten und der 15jährige Sohn des Obersekretärs Maucher wurde schwer verletzt ins Bezirkskrankenhaus übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

CEB. Waldsee, 18. Oktober. Ein mit 9 Personen besetztes Auto aus Burladingen bei Heddingen fuhr in der Frühe des Kirchweihsonntages an der als gefährlich bekannten Steige von Heisterkirch nach Haidgen an einem Baum. Als Ursache des Unfalls darf wohl ein Verjagen der Bremse angenommen werden, umso mehr, als der Wagen, der nur für 5 Personen zugelassen war, mit 6 Erwachsenen und drei Kindern besetzt war. Das Fahrzeug ist demoliert und einzelne Reifen glatt abgesprungen. Bei dem Anprall wurden die Insassen mit voller Wucht aus dem Wagen geschleudert. Von den Mitfahrern wurde eine Frau Marie Fröbel aus Biring durch den Sturz so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verschied. Weiter erlitt eine Verwandte der Toten einen doppelten Schädelbruch, jedoch an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Auch die übrigen Fahrteilnehmer, mit Ausnahme des Führers, erlitten schwere Verletzungen, doch soll Lebensgefahr nicht bestehen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	168,51
100 franz. Franken	16,45
100 schweiz. Franken	80,80

Börsenbericht.

An der Börse war die Stimmung gedrückt und die Kurse gaben weiter nach.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

Berliner Produktenbörse vom 18. Oktober.

Weizen märk. 248-251; Roggen märk. 243-245; Sommergerste 220-227; Hafer märk. 201-214; Mais prompt Berlin 192-193; Weizenmehl 32-35,25; Roggenmehl 32 bis 33,65; Weizenkleie 14-14,25; Roggenkleie 14; Raps 305 bis 315; Viktoriaerbsen 52-57; kleine Speiserbsen 35-37; Futtererbsen 22-24; Peluschen 21-22; Ackerbohnen 22 bis 24; Wicken 22-24; Lupinen blaue 14,50-15,50; Rapskuchen 15,80-16,10; Leinkuchen 22,60-22,70; Trodenkorn 10,10 bis 10,50; Sojabohnen 20,10-20,40; Kartoffelflocken 24,70 bis 25; drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 1,05-1,45 bzw. 0,85-1,25; dto. Haferstroh 0,85-1,05; Hinfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,05-1,35; Gebd. Roggenlangstroh 1,40-1,70; Häcksel 2,10-2,30; Handelsübl. Heu 1,70-2,20; gutes Heu 2,45-2,85; Gerstenstroh 0,85-1,05; Kleehen 3,20 bis 3,60; Tendenz ruhig.

Stuttgarter Großmärkte.

Kartoffelmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 2000 B., Preis 5,50-6 M. — Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz: Zufuhr 7000 Zentner, Preis 5,40-6 M für 1 Ztr.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 21 Ochsen, 32 Bullen, 320 (unv.) 30) Jungbullen, 329 (29) Jungriinder, 137 (11) Kühe, 710 Kälber, 214 (300) Schweine, 2 Schafe. Erlös aus je einem Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 59-63 (lester Markt 60-63), b 50 bis 57 (-), Bullen a 54-56 (unv.), b 50-52 (unv.), Jungriinder a 61-64 (62-64), b 52-60 (53-60), c 48-50 (unv.), Kühe a 41-51 (-), b 32-40 (32-41), c 20-31 (21-31), d 15 bis 19 (15-20), Kälber b 84-87 (unv.), c 73-82 (74-82), d 63-71 (65-73), Schweine a fette Schweine über 300 Pfd. 72-74, (73-74), b vollfleischige Schweine von 240-300 Pfd. 72-74 (73-74), c 200-240 Pfd. 71-73 (73-75), d 160-200 Pfd. 70-71 (72-77), Sauen 56-64 (57-64). Marktverkauf Großvieh ruhig, Kälber und Schweine belebt.

Weilberstädter Marktberichte.

Schweinemarkt: Zufuhr 2130 Stück Milchschweine. Preis 22-75 M pro Paar. 145 St. Käufer; Preis 78-210 Markt pro Paar. Handel flau, Preise zurückgehend.

Viehmarkt: Zufuhr 15 St. Ochsen; Preis 1450-1690 Markt pro Paar. 34 Stück Stiere; Preis 700-1320 M pro Paar. 160 Kühe; Preis 360-710 M pro Stück. 120 Kalbku; Preis 420-720 M pro Stück. 205 Stück Einstellvieh; Preis 140-356 M pro Stück. Handel flau, Preise schwankend.

Saatemarkt: Weizen 14-15 M pro 50 Kg. Dinkel 13-13,50 M pro 50 Kg. Roggen 13-13,50 M pro 100 Kg. Markt geräumt.

Viehpreise.

Gehwand: Kühe 300-535 M — Kemmat O. A. Stuttgart: Schlachtrinder 250-750 M — Laichingen: Ochsen und Stiere 300-860, Kühe 250-600, Kalbku 350-650, Jungvieh 180 bis 320 M — Weilberstadt: Ochsen 1450-1690, Stiere 700 bis 1320 M pro Paar, Kühe 360-710, Kalbku 420-720, Einstellvieh 140-356 M das Stück.

Schweinepreise.

Befigheim: Milchschweine 12-18 M — Eppingen: Milchschweine 15, Käufer 20-29 M — Göglingen: Milchschweine 9-15, Käufer 30-55 M — Herrenberg: Milchschweine 20 bis 30, Käufer 50 M — Ravensburg: Ferkel 15-23, Käufer 25-40 M — Saulgau: Ferkel 20-25 M.

Nalen: Milchschweine 13-24, Käufer 71 M — Bopfingen: Käufer 30-45, Saugschweine 10-20 M — Lauingen: Saugschweine 12-22, Käufer 35-60 M — Gall: Milchschweine 15-22 M — Kemmat: Käufer 50-77, Milchschweine 17-25 M — Laichingen: Milchschweine 20-26 M — Dörtingen: Milchschweine 15-25 M — Schwennungen: Milchschweine 15 bis 18 M — Tuttlingen: Milchschweine 12-22 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verlebenskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

